



Praxisinformationen für Kammermitglieder zum Corona-Virus/Covid-19

Stand: 19. April 2021, 16:00 Uhr

(*gelb markierte Felder kennzeichnen Änderungen zur Vorversion)

Inhaltsverzeichnis

(1)	Einleitung.....	2
(2)	Zur Melde- und Schweigepflicht bei Infektionsverdacht oder bestätigter Infektion einer Patientin oder eines Patienten.....	3
(3)	Zur Melde- und Schweigepflicht bei Infektionsverdacht einer Psychotherapeutin oder eines Psychotherapeuten	4
(4)	Finanzielle Kompensation nach § 56 IfSG bei behördlich angeordneter Praxisschließung/Quarantäne oder bei behördlich angeordneter Schließung/Quarantäne der Kita oder Schule Ihres betreuungsbedürftigen Kindes.....	5
(5)	Finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten wegen Einnahmerückgangs infolge der Corona-Pandemie für Praxisinhaber*innen: Entschädigungszahlungen, KV-Rettungsschirm und Kurzarbeitergeld.....	6
(6)	Ausschluss einzelner Patient*innen von Präsenz-Sitzungen, Hygiene in der Praxis.....	7
(7)	Möglichkeit der psychotherapeutischen Behandlung am Telefon	7
(8)	Möglichkeit der psychotherapeutischen Behandlung mittels Videodienstanbieter	9
(9)	Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen in Baden-Württemberg, Lockdown und Notbremse	11
(10)	Beschäftigungsverbot in der Schwangerschaft	12
(11)	Durchführung von Qualitätszirkeln, Intervisionsgruppen und Supervisionen in Präsenz	13
(12)	Zur Zulässigkeit des Abhaltens von Veranstaltungen durch z.B. Fortbildungsakademien und Weiterbildungseinrichtungen.....	14
(13)	Fortführung von Gruppentherapien nur unter Einschränkungen	15
(14)	Mund-Nasen-Schutz in Praxen und an Arbeitsplätzen.....	17
(15)	Bescheinigung zur Befreiung von der Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung.....	18
(16)	Hygienezuschlag Nr. 245 GOÄ analog	19
(17)	Präventive PoC-Antigentests	19
(18)	Wann können sich Psychotherapeut*innen impfen lassen?	20
(19)	Bescheinigung für die Impfberechtigung gemäß Corona-Impfverordnung (ImpfV)	20

(1) Einleitung

Die Ausbreitung des Coronavirus/Covid-19 stellt eine außergewöhnliche Situation und eine Herausforderung für uns alle dar. Demzufolge erreichen uns viele besorgte Fragen von Kammermitgliedern. Die Kammer steht Ihnen auch in dieser schwierigen Zeit mit Informationen und Beratungen zur Seite und versucht, alle Anliegen so zeitnah wie möglich zu klären. Da der Beratungs- und Informationsbedarf sehr hoch ist, haben wir nachfolgend Informationen zu den wichtigsten rechtlichen Fragen für Sie zusammengestellt, die wir ständig aktualisieren.

Diese Zusammenstellung dient als erste Orientierungshilfe für Sie. Die dynamische Ausbreitung des Virus fordert die Politik täglich erneut, denn es muss täglich die aktuelle Situation bewertet und neu entschieden werden, welche Maßnahmen zur Eindämmung der Virusverbreitung notwendig sind. Auch die Institutionen in der Gesundheitsversorgung müssen täglich neu entscheiden. Demzufolge ändert sich auch die Rechtslage jeden Tag neu. Aus diesem Grund erheben die nachfolgenden Informationen auch keinen Anspruch auf Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit.

Zahlreiche Fragen liegen nicht in der originären Zuständigkeit der Kammer und sind verbindlich nur mit der zuständigen Behörde bzw. Institution zu klären und von dieser zu entscheiden. Wir weisen insbesondere darauf hin, dass die Kammer keine Ausnahmen von den bisher geltenden Abrechnungsregelungen in der GKV und der Beihilfe sowie den Privatversicherungen vorsehen bzw. genehmigen kann. Hierfür ist die Kammer nicht zuständig; wir haben keine direkten Entscheidungs- oder Mitspracherechte. Wir informieren Sie über die aktuell geltenden Bestimmungen. Bitte wenden Sie sich zur Klärung von Leistungs- und Abrechnungsfragen direkt an die jeweiligen Kostenträger. Ungeachtet dessen setzen sich die Landespsychotherapeutenkammer Baden-Württemberg und die Bundespsychotherapeutenkammer im Rahmen ihrer politischen Einflussmöglichkeiten für die Belange der Psychologischen PP und KJP ein und befürwortet Ausnahmeregelungen, die trotz der aktuellen Corona-Pandemie die Versorgung der Patient*innen sicherstellen können.

Für weitergehende Informationen verweisen wir auf unsere umfassende Link-Sammlung, insbesondere auch auf die Homepages des RKI, des Sozialministeriums Baden-Württemberg, des BMAS, der BPtK, der KBV, der KV Baden-Württemberg:

<https://www.rki.de/>

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/>

<https://www.bmas.de/DE/Corona/corona.html>

<https://www.bptk.de/>

<https://www.kbv.de/html/coronavirus.php>

<https://www.kvbawue.de/praxis/aktuelles/coronavirus-sars-cov-2/>

Eine Liste alle Gesundheitsämter erhalten Sie hier:

https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_Gesundheitsschutz/GesundheitsaemterBW_IfSG_Liste.pdf

(2) Zur Melde- und Schweigepflicht bei Infektionsverdacht oder bestätigter Infektion einer Patientin oder eines Patienten

Im Falle eines Verdachts oder einer bestätigten Infektion können PP und KJP zur Meldung und damit zur Durchbrechung der Schweigepflicht verpflichtet sein. Es sind insoweit die Meldepflichten des Infektionsschutzgesetzes zu beachten. Diese Regelungen können hier nachgelesen werden:

<https://www.gesetze-im-internet.de/ifsg>

Die maßgeblichen Bestimmungen lauten:

§ 6 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe t Infektionsschutzgesetz

(1) Namentlich ist zu melden:

1. Der Verdacht einer Erkrankung, die Erkrankung sowie der Tod in Bezug auf die folgenden Krankheiten:

[...]

t) Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19)

und

§ 7 Abs. 1 Nr. 44a Infektionsschutzgesetz

(1) Namentlich ist bei folgenden Krankheitserregern, soweit nicht anders bestimmt, der direkte oder indirekte Nachweis zu melden, soweit die Nachweise auf eine akute Infektion hinweisen:

[...]

44 a. Severe-Acute-Respiratory-Syndrome-Coronavirus (SARS-CoV) und Severe-Acute-Respiratory-Syndrome-Coronavirus-2 (SARS-CoV-2)

Des Weiteren:

§ 8 Abs. 1 Nr. 5 Infektionsschutzgesetz

(2) Zur Meldung sind verpflichtet:

[...]

5. im Falle des § 6 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1, 2 und 5 und Abs. 3 Angehörige eines anderen Heil- oder Pflegeberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung oder Anerkennung erfordert,

und

§ 8 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Infektionsschutzgesetz

Die Meldepflicht besteht für die in Absatz 1 Nr. 5 bis 7 bezeichneten Personen nur, wenn ein Arzt nicht hinzugezogen wurde.

Die Meldepflicht besteht nicht, wenn dem Meldepflichtigen ein Nachweis vorliegt, dass die Meldung bereits erfolgte und andere als die bereits gemeldeten Angaben nicht erhoben wurden. Eine Meldepflicht besteht ebenfalls nicht für Erkrankungen, bei denen der Verdacht bereits gemeldet wurde und andere als die bereits gemeldeten Angaben nicht erhoben wurden.

Im Ergebnis bedeuten diese Vorschriften, dass Sie als PP und KJP zur Meldung nur verpflichtet sind, wenn 1. ein begründeter Verdacht nach den Kriterien („Empfehlungen“) des Robert Koch-Instituts (RKI) besteht und 2. noch kein Arzt hinzugezogen wurde.

Es besteht aufgrund dieser Bestimmungen keine Pflicht für unsere Mitglieder, Patientinnen und Patienten aktiv auf den Verdacht einer Covid-19-Erkrankung hin zu befragen oder gar zu untersuchen. Dies ist Aufgabe der Ärztinnen und Ärzte.

Sollte eine Patientin oder ein Patient Ihnen von Symptomen, die durch das neuartige Coronavirus ausgelöst werden, berichten oder Ihnen mitteilen, dass Kontakt mit einem bestätigten Fall einer SARS-CoV-2-Infektion bestand bzw. kürzlich ein Aufenthalt in einem Risikogebiet stattgefunden hat, sollten Sie im ersten Schritt klären, ob bereits ein Arzt / eine Ärztin hinzugezogen wurde. Ist dies bereits erfolgt, besteht für Sie kein weiterer Handlungsbedarf. Sollte eine ärztliche Abklärung nicht erfolgt sein oder diese von dem Patienten/ der Patientin abgelehnt werden, besteht aus unserer Sicht eine Meldepflicht an das zuständige Gesundheitsamt. Bitte beachten Sie in dem Fall die Empfehlungen des RKI zur Meldung von Verdachtsfällen von COVID-19.

Falls eine Meldung an das zuständige Gesundheitsamt gemäß Gesetz/Verordnung erfolgen muss, stellt dies keine Verletzung der Schweigepflicht dar, da es sich hierbei um eine gesetzliche Verpflichtung handelt. Sie sollten allerdings den Patienten / die Patientin hierüber unterrichten (vgl. § 7 Abs. 2 Satz 3 Berufsordnung LPK BW);

<https://www.lpk-bw.de/sites/default/files/kammer/satzungen/berufsordnung-lpk-bw.pdf>

Bitte warten Sie die Entscheidung des Gesundheitsamtes ab, ob Ihre Praxis nach Kontakt mit infizierten Patient*innen geschlossen werden muss und Sie sich in häusliche Quarantäne begeben müssen oder nicht.

(3) Zur Melde- und Schweigepflicht bei Infektionsverdacht einer Psychotherapeutin oder eines Psychotherapeuten

Wenn Sie sich mit Sars-CoV-2 infizieren, so sind die Gesundheitsbehörden nach dem Infektionsschutzgesetz verpflichtet, Sie nach Kontaktpersonen zu befragen und die Kontaktpersonen zu ermitteln.

Sie sind nach §§ 25 Abs. 2, 16 Abs. 2 Infektionsschutzgesetz zur Mitwirkung und Unterstützung des Gesundheitsamtes an den Ermittlungen der Infektionskette sowie möglicher Kontaktpersonen verpflichtet. In diesem Zusammenhang müssen Sie der Gesundheitsbehörde die erforderlichen Auskünfte über Ihre Kontaktpersonen (Name, Adresse, Telefonnummer) erteilen. Die Durchbrechung der Schweigepflicht ist durch diese gesetzliche Normierung der Auskunftspflicht gerechtfertigt und deshalb gestattet, siehe auch oben letzter Absatz unter Ziff. 2.

Weiterhin ist mit einem vorübergehenden beruflichen Tätigkeitsverbot im direkten Kontakt mit Patient*innen und ihren Bezugspersonen sowie einer Anordnung häuslicher Quarantäne zu rechnen. Im Falle des beruflichen Tätigkeitsverbots sieht das Infektionsschutzgesetz Entschädigungsansprüche vor. Der Antrag ist binnen einer Frist von drei Monaten beim Regierungspräsidium zu stellen (vgl. Gliederungspunkt 4.) Vertragspsychotherapeut*innen sollten außerdem die KV Baden-Württemberg unverzüglich benachrichtigen. Es gibt weiterhin keine politische Entscheidung darüber, welche anderen Kompensationsmöglichkeiten PP und KJP angeboten werden können.

Sollten Sie unsicher sein, ob Sie infiziert sind oder nicht, rufen Sie bitte zunächst den Hausarzt an oder den ärztlichen Bereitschaftsdienst (116117). Sie werden dann über das Vorgehen, insbesondere über die Durchführung des Corona-Tests, informiert.

(4) Finanzielle Kompensation nach § 56 IfSG bei behördlich angeordneter Praxisschließung/Quarantäne oder bei behördlich angeordneter Schließung/Quarantäne der Kita oder Schule Ihres betreuungsbedürftigen Kindes

Sie haben Anspruch auf Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz, wenn Ihr Praxisbetrieb auf behördliche Anordnung aus infektionsschutzrechtlichen Gründen untersagt wird, vgl. § 56 Infektionsschutzgesetz. Sie müssen innerhalb von drei Monaten den Antrag beim zuständigen Regierungspräsidium stellen, welche durch Landesrecht in Baden-Württemberg für zuständig erklärt worden sind:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/antrag-auf-entschaedigung-nach-dem-infektionsschutzgesetz-ab-sofort-moeglich/>

Angestellte PP und KJP haben einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung gegen ihre Arbeitgeber für die Dauer von sechs Wochen, wenn sie durch behördliche Anordnung zur Quarantäne verpflichtet worden sind und deshalb nicht arbeiten können. Die Praxisinhaberin bzw. der Praxisinhaber kann diese von ihr/ihm geleistete Entgeltfortzahlung für die Mitarbeiter/in als Entschädigungsanspruch jedoch beim zuständigen Regierungspräsidium nach § 56 IfSG geltend machen. Detaillierte Informationen dazu können Sie der Webseite der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) sowie des BMAS entnehmen:

https://www.kbv.de/media/sp/PraxisInfo_Coronavirus_Entschaedigung.pdf

<https://www.bmas.de/DE/Corona/entschaedigungsanspruch.html>

Eine Entschädigung kommt gem. **§ 56 Abs. 1a IfSG** auch für **Sorgeberechtigte** in Betracht, wenn Sie als erwerbstätige Person einen Verdienstausschlag erleiden, der darauf beruht, dass Sie infolge der behördlich angeordneten Schließung oder eines Betretungsverbot einer Kita, einer Schule oder einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen zur Verhinderung der Verbreitung von Infektionen oder übertragbaren Krankheiten Ihr(e) betreuungs-, beaufsichtigungs- oder pflegebedürftiges Kind(er) selbst betreuen, beaufsichtigen oder pflegen müssen, weil Sie keine anderweitige zumutbare Betreuungsmöglichkeit sicherstellen können und Ihrer Erwerbstätigkeit deswegen nicht nachgehen können.

<https://www.bmas.de/DE/Corona/entschaedigungsanspruch.html>

Bitte beachten Sie, dass eine Entschädigung nach § 56 IfSG ausgeschlossen sein kann, wenn durch Nichtantritt einer vermeidbaren Reise in ein bereits zum Zeitpunkt der Abreise eingestuftes Risikogebiet ein Verbot oder eine Absonderung hätte vermieden werden können.

(5) Finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten wegen Einnahmerückgangs infolge der Corona-Pandemie für Praxisinhaber*innen: Entschädigungszahlungen, KV-Rettungsschirm und Kurzarbeitergeld

Wie unter Gliederungspunkt 4 dargestellt, wird eine Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz (§ 56) nur gewährt, wenn die Praxen durch behördliche Anordnung geschlossen und die/der Praxisinhaber/in die Anordnung zur Quarantäne erhalten hat. Dagegen wird ein **Patientenrückgang als mittelbare Folge** einer Epidemie nicht über Entschädigungszahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz ausgeglichen.

Das alte Schuttschirmverfahren der KV für Vertragspsychotherapeut*innen ist zum 31.12.2020 ausgelaufen. Am 04. März 2021 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, dass Schutzmaßnahmen für Psychotherapeut*innen nunmehr durch Rücklagen der KVen, und damit durch eine wirtschaftliche Umverteilung, zu erfolgen haben und zukünftig keine externe Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden sollen. Die KV Baden-Württemberg hat bereits in Aussicht gestellt, für **kassenzugelassene Psychotherapeut*innen einen Schuttschirm zu errichten, um Corona-bedingte Praxisausfälle zu kompensieren** und Praxen zu stützen.

[Rundschreiben der KV BW „Solidarität ist keine Einbahnstraße“ vom 05.03.2021](#)

Die Modalitäten für den Zugang zu dieser Unterstützung sind bislang nicht veröffentlicht. Eine abschließende Entscheidung der KV steht möglicherweise noch aus. Bitte informieren Sie sich also bei Bedarf direkt bei der KV, ob eine Unterstützung in Ihrem Fall möglich ist und welche Voraussetzungen hierfür erfüllt sein müssen. Wir werden Sie an dieser Stelle über den Fortgang informiert halten.

Praxisinhaber*innen, die angestellte Psychotherapeut*innen beschäftigen, müssen auch bei Patientenrückgang den Lohn ihrer Angestellten fortzahlen, wenn diese in der Praxis ihre Arbeitsleistung anbieten. Das Risiko ausbleibender Patient*innen liegt beim Arbeitgeber. Sollten Angestellte aufgrund eines Patientenrückgangs nicht mehr im arbeitsvertraglich vorgesehenen Umfang beschäftigt werden können, so sollten zunächst Möglichkeiten mit ihren Angestellten den Abbau von Überstunden oder die Inanspruchnahme von Urlaub besprechen. Sollten diese Möglichkeiten nicht in Betracht kommen oder nicht ausreichen, so können Praxisinhaber*innen in Betracht ziehen, sich mit den angestellten Psychotherapeut*innen auf **Kurzarbeit** zu verständigen. Bitte informieren Sie sich als Arbeitgeber ausführlich im Vorfeld über Voraussetzungen und Folgen.

Kurzarbeit soll eine betriebsbedingte Kündigung vermeiden. Kurzarbeit bedeutet, dass das Arbeitsverhältnis fortgesetzt wird, aber die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit aufgrund eines unabwendbaren Ereignisses vorübergehend reduziert wird. Die angestellten Psychotherapeut*innen arbeiten weniger und um diesen Anteil verringert sich der Arbeitslohn. Dieser Gehaltsverlust wird- sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen- teilweise über das Arbeitsamt als sogenanntes **Kurzarbeitergeld** ausgeglichen. Beim Fehlen einer Klausel im Arbeitsvertrag über die Befugnis des Arbeitgebers zur Anordnung von Kurzarbeit (bei Psychotherapeut*innen dürfte diese Klausel regelmäßig fehlen), müssen sich Praxisinhaber*innen und angestellte Psychotherapeut*innen auf eine diesbezügliche **Ergänzung des Arbeitsvertrages einvernehmlich einigen**. Kann eine solche einvernehmliche Einigung nicht erzielt werden, so müsste eine Änderungskündigung einseitig durch den Arbeitgeber erfolgen mit voller Entgeltzahlung während der Kündigungsfrist. Bevor die konkreten Einzelheiten zur Kurzarbeit festgelegt werden, müssen Praxisinhaber*innen als Arbeitgeber unverzüglich das **Arbeitsamt** über die Kurzarbeit **benachrichtigen**, einen **Antrag stellen und den Bescheid abwarten**. Aktuell kann der Antrag über ein Online-Formular gestellt werden. Das Kurzarbeitergeld wird dann, inklusive der Sozialversicherungsbeiträge,

vom Arbeitsamt an den Arbeitgeber ausgezahlt, der diesen dann zusammen mit dem Lohn für die reduzierte Arbeitszeit an die angestellten Psychotherapeut*innen auskehren muss. Alle weiteren Informationen hier:

<https://www.arbeitsagentur.de/news/corona-virus-informationen-fuer-unternehmen-zum-kurzarbeitergeld>

(6) Ausschluss einzelner Patient*innen von Präsenz-Sitzungen, Hygiene in der Praxis

Niedergelassene PP und KJP sind aufgrund des Versorgungsauftrages für die **Sicherstellung der Patientenversorgung** verantwortlich. Gerade aktuell ist es wichtig, Patient*innen nicht unversorgt zu lassen. Infektionsrisiken können durch Hygienemaßnahmen reduziert werden, bspw. durch das Vermeiden von Händeschütteln, einem Abstand von 1,5 bis 2 Metern zueinander, regelmäßigem Händewaschen, Einhaltung der Husten- und der Niesetikette und gründlichen Desinfektionen von Flächen und Türklingen.

Besteht bei Ihnen oder bei Patient*innen aufgrund von Vorerkrankungen ein besonderes persönliches Risiko, so kann beispielsweise überlegt werden, diesen Patient*innen Videobehandlung anzubieten. Sollte eine Videobehandlung nicht möglich sein, so sollte dennoch in Ihre Abwägung einfließen, wie groß der Anteil der Patient*innen ist, die einer dringenden Weiterbehandlung bedürfen und wie diese alternativ versorgt werden können. Diese Abwägung muss jede/r PP und KJP selbst treffen.

Im Übrigen bitten wir, in der Praxis die Empfehlungen des RKI zu beachten. Das RKI gibt auf seiner Homepage Empfehlungen zum Verhalten und zur eigenen Vorsorge. Die regelmäßig aktualisierte Seite bietet zudem eine umfangreiche Liste mit Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Corona-Virus SARS-CoV-2:

<https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/NCOV2019/gesamt.html?nn=13490888>

Zudem finden Sie grundlegende Hinweise in Bezug auf Ihr Tätigkeitsfeld in dem Leitfaden „**Hygiene in der psychotherapeutischen Praxis**“ vom Kompetenzzentrum (CoC) Hygiene und Medizinprodukte der Kassenärztlichen Vereinigungen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung:

<https://www.hygiene-medizinprodukte.de/download/hygieneleitfaden-psychotherapeutische-praxis/>

und auf der Homepage der KBV, die auch ein **Muster für einen Patientenaushang** in Ihrer Praxis bereitstellt: <https://www.kbv.de/html/coronavirus.php#content45248> .

(7) Möglichkeit der psychotherapeutischen Behandlung am Telefon

Für alle Kammermitglieder, ungeachtet ihrer beruflichen Stellung, gelten die Bestimmungen der Berufsordnung. Danach haben Sie eine psychotherapeutische Behandlung grundsätzlich im persönlichen Kontakt durchzuführen, vgl. § 5 Abs. 6 Berufsordnung LPK BW. Nur in begründeten Ausnahmefällen, wovon im Falle von Corona auszugehen sein dürfte, und unter Beachtung besonderer Sorgfaltspflichten, dürfen psychotherapeutische Behandlungen über elektronische Kommunikationsmedien durchgeführt werden.

Wegen der erneut steigenden Infektionszahlen in der Corona-Pandemie, ist die telefonische Betreuung der Patient*innen für Vertragspsychotherapeut*innen im GKV-System auch im zweiten Quartal 2021 berechnungsfähig. Bereits seit dem 2. November 2020 können Kammermitglieder wieder die Gebührenordnungsposition (GOP) 01433 (154 Punkte/16,92 Euro) als Zuschlag zur GOP 01435 für die telefonische Beratung oder zur Grundpauschale abrechnen. **Diese Regelung wurde nun verlängert bis zum 30. Juni 2021:**
[Corona-Sonderregelungen für gesetzlich und privat Versicherte verlängert - BPTK](#)

Pro Patient*in werden maximal 20 Gespräche (200 Minuten) vergütet. Diese 20 Gespräche sind möglich:

- ausschließlich per Telefon oder
- gemischt per Telefon, in der Praxis oder per Videosprechstunde.

Bitte lesen Sie die Details hier nach:

[Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg: Telefonkonsultationen \(kvbawue.de\)](#)

Die Telefonkonsultation kann **nur bei bekannten Patient*innen** angesetzt werden. Als „bekannt“ gelten Patient*innen, wenn sie in den letzten sechs Quartalen, die dem Quartal der Konsultation vorausgehen, mindestens einmal in der Praxis waren.

Psychotherapeut*innen, die die GOP 01433 als Zuschlag zur Versicherten- beziehungsweise Grundpauschale erhalten, können die Leistung auch abrechnen, wenn die Patient*innen in dem Quartal bereits in der Sprechstunde waren.

Bitte beachten Sie weiterhin, dass Sie auch bei Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel die Leistungen **von Ihrem Praxissitz** vornehmen müssen. Ausnahmen werden von der KV ausnahmsweise nur dann toleriert, wenn sich Psychotherapeut*innen in häuslicher Quarantäne befinden und deshalb die Praxis nicht aufsuchen dürfen:
<https://www.kvbawue.de/praxis/aktuelles/coronavirus-sars-cov-2/faq-coronavirus/>

Für Psychotherapeut*innen, die an den **Selektivverträgen** teilnehmen, gelten gesonderte Regelungen. Bitte informieren Sie sich direkt bei den Vertragspartnern.

Kammermitglieder, die **in einer Privatpraxis** tätig sind, haben die Abrechnung der psychotherapeutischen Leistungen nach der Gebührenordnung für PsychotherapeutInnen (GOP) vorzunehmen. Danach kann ein telefonischer Kontakt grundsätzlich nur mit den Ziff. 1 oder 3 GOP nach den dort genannten Voraussetzungen und Beschränkungen abgerechnet werden, es sei denn, die Verbände legen hierzu Ausnahmen fest. Die Sitzungsziffern (861, 863, 870 GOP) sind bei telefonischer Leistungserbringung nicht abrechenbar. Rückwirkend ab dem 01. Januar 2021 und zunächst bis zum 30. Juni 2021 befristet, gelten die Ausnahmen zur Mehrfachberechnung der Ziff. 3 GOÄ/GOP fort. Bitte beachten Sie, dass statt der bislang geltenden 40 Minuten seit Jahresbeginn lediglich 30 Minuten je Telefontermin abrechnungsfähig sind.

<https://www.bptk.de/corona-sonderregelungen-fuer-privatversicherte-verlaengert/>

Ausnahmen können aktuell nur die jeweiligen Kostenträger (Beihilfe, Private Krankenversicherung) nach vorheriger Rücksprache im Einzelfall gestatten.

Psychotherapeut*innen, die im Kostenerstattungsverfahren abrechnen, müssen bei ihrer Rechnungslegung die GOÄ/GOP zugrunde legen. Auch hier empfehlen wir, die Abrechnung und Erstattungsfähigkeit mit der jeweiligen Krankenkasse vorab zu klären und sich eine schriftliche Kostenzusage geben zu lassen.

(8) Möglichkeit der psychotherapeutischen Behandlung mittels Videodienstanbieter

In der gesetzlichen Krankenversorgung (Kollektivvertrag) sind psychotherapeutische Videosprechstunden unter bestimmten Voraussetzungen nach dem EBM abrechenbar. Für weitere Informationen beachten Sie bitte die [Praxis-Info der BPTK zur Videobehandlung](#) sowie die [Informationen zur Videosprechstunde](#) auf der Seite der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV). Die Abrechnungsfähigkeit besteht nur, wenn ein zertifizierter Videodienstanbieter verwendet wird. Welche Anbieter zertifiziert sind, erfahren Sie auf der Homepage der KBV: https://www.kbv.de/media/sp/Liste_zertifizierte-Videodienstanbieter.pdf

Sie müssen die Verwendung des zertifizierten Videodienstes der KV Baden-Württemberg mittels eines Formulars melden: <https://www.kvbawue.de/praxis/abrechnung-honorar/ebm-regionale-gebuehrenziffern/ebm-aenderungen/> . Für den technischen Anschluss kann eine EBM-Ziffer angesetzt werden.

Aktuell gelten aufgrund der Corona-Krise für die Behandlung mittels zertifizierter Videodienstanbieter folgende Ausnahmen und Besonderheiten für Vertragspsychotherapeut*innen:

Die KBV und der GKV-Spitzenverband haben beschlossen, dass Videobehandlungen weiterhin, d.h. über den 31. Dezember 2020 hinaus **bis zum 30. Juni 2021**, unbegrenzt abrechenbar sind, d.h. die **20% Grenze ist nach wie vor ausgesetzt**. Außerdem dürfen auch **psychotherapeutische Sprechstunden und die Probatork (auch neuropsychologische Therapie) nunmehr bis zum 30. Juni 2021 in begründeten Fällen unter Nutzung zertifizierter Videodienstanbieter** durchgeführt werden. Allerdings handelt es sich hierbei um eine Ausnahmeregelung, die besonderen Einzelfällen vorbehalten bleiben soll. Die Akutbehandlung und Gruppenpsychotherapien sind weiter nicht als Videosprechstunde möglich. Insbesondere kommt die Nutzung dieser Möglichkeit in Betracht, wenn Patient*innen bei der Terminanfrage offenbaren, dass sie zu einer Risikogruppe gehören und den persönlichen Kontakt vermeiden wollen. Wir empfehlen, die Besonderheiten des Falles zu dokumentieren. Die bereits im zweiten Quartal 2020 geltenden Ausnahmeregelungen wurden also bis zum Ende des zweiten Quartals 2021 verlängert. Die Einzelheiten, auch zur Abrechnung, lesen Sie bitte auf der Homepage der KBV nach. Dort können Sie sich auch über die weiteren aktuellen Beschlüsse der Selbstverwaltungsgremien informieren:

<https://www.kbv.de/html/videosprechstunde.php>

Bitte beachten Sie weiterhin, dass Sie die Videobehandlung von Ihrem Praxissitz vornehmen müssen. Ausnahmen werden von der KV ausnahmsweise nur dann toleriert, wenn sich Psychotherapeut*innen in häuslicher Quarantäne befinden und deshalb die Praxis nicht aufsuchen dürfen.

Einen Überblick der KBV über die Sonderregelungen im Zusammenhang mit Covid-19 finden Sie unter [Coronavirus SARS-COV-2: Kurzüberblick Sonderregelungen \(kbv.de\)](#)

Da Sie bei der Videobehandlung ggf. die elektronische Gesundheitskarte nicht fristgerecht einlesen können, sollte die Vorderseite der Karte von den Patient*innen bspw. als Fax oder Scan an Sie übermittelt werden und das „Ersatzverfahren“ in der Praxissoftware angeklickt werden.

Für Psychotherapeut*innen, die an den **Selektivverträgen** teilnehmen, gelten gesonderte Regelungen. Bitte informieren Sie sich direkt bei den Vertragspartnern.

Kammermitglieder, die **in einer Privatpraxis** tätig sind, haben die Abrechnung der psychotherapeutischen Leistungen nach der Gebührenordnung für PsychotherapeutInnen (GOP) vorzunehmen. Danach sind Videobehandlungen zwar nicht ausgeschlossen, indes sollte die vorherige Genehmigung des jeweiligen Kostenträgers (Beihilfe, Private Krankenversicherung) nach vorheriger Rücksprache im Einzelfall eingeholt werden, da sonst das Risiko besteht, dass den Patient*innen die Behandlungskosten nicht erstattet werden. Im Einzelnen stellt sich die Rechtslage aktuell wie folgt dar:

Für beihilfeberechtigte Patienten sind bis zum 31. März 2021 die Leistungen der Ziff. 861, 863, 870 als Einzelbehandlung für die Videobehandlung mit einer gesicherten Leistung zugelassen. Sprechstunden, Probatorik, Akutbehandlung, Gruppenpsychotherapie und Hypnose sind dagegen nicht beihilfefähig, wenn diese über Video erbracht werden:

<https://lbv.landbw.de/-/corona>.

Über eine Verlängerung über den 31. März hinaus ist bislang noch nicht entschieden. Das sollte also direkt mit dem Kostenträger abgeklärt werden.

In der **privaten Krankenversicherung** kann es je nach Tarifbedingungen und Kulanz des Versicherers unterschiedliche Anforderungen und Voraussetzungen geben. **Folglich sollte die Erstattung von Videobehandlungen durch die private Krankenversicherung im Einzelfall vorab geklärt werden.** Die GOP/GOÄ enthält keine spezifischen Abrechnungsziffern, sodass die üblichen Sitzungsziffern (bspw. 870 GOP) verwendet werden sollten, ggf. mit dem Zusatz „als Videobehandlung“.

Die BPTK, die BÄK, der Verband der Privaten Krankenversicherungen und die Beihilfestellen haben sich in einer gemeinsamen Abrechnungsempfehlung darauf verständigt, dass bis zum 30. Juni 2021 eine Entbürokratisierung der strengen Vorgaben zur Videobehandlung erfolgt. Näheres dazu hier:

[Gemeinsame Abrechnungsempfehlungen von BÄK, BPTK, PKV-Verband und Beihilfe zu telemedizinischen Leistungen bei Erbringung im Rahmen der COVID-19-Pandemie und für längere telefonische Beratung sowie Analogabrechnungsempfehlung zu aufwändigen Hygienemaßnahmen](#)

Ungeachtet dessen wird dringend empfohlen, bei den Privatversicherten im Einzelfall vorher mit der jeweiligen Krankenversicherung abklären zu lassen, welche Bedingungen die jeweilige Versicherung an die Erstattungsfähigkeit knüpft.

Für die Behandlung **im Wege der Kostenerstattung** sollte ebenfalls individuell und vorab eine Klärung mit der Krankenkasse herbeigeführt werden, bevor die Leistung mittels Videodienst erbracht wird. Für die Behandlung im Wege der Kostenerstattung gelten die GKV-Anforderungen entsprechend, sodass auch hierbei ein zertifizierter Videodienstanbieter obligatorisch sein dürfte und ggf. der Kasse nachzuweisen ist. Näheres klären Sie bitte direkt mit der Kasse. Wir empfehlen, dass die Patient*innen bzw. mit deren Zustimmung die Psychotherapeut*innen sich eine schriftliche Kostenzusage für Videobehandlungen einholen sollten.

Wir weisen darauf hin, dass für alle Kammermitglieder, unabhängig von der beruflichen Stellung, die Berufsordnung gilt. Für die Behandlung mittels elektronischer Kommunikationsmedien sind die ethischen Standards insbesondere in § 5 Abs. 6 BO normiert. Soweit dort die Diagnostik, Indikationsstellung, Aufklärung und Einwilligung den persönlichen Kontakt voraussetzt, weisen wir daraufhin, dass gegenläufiges Handeln während der aktuellen

Corona-Pandemie berufsrechtlich nicht geahndet wird, wenn Kammermitglieder in begründeten Fällen Sprechstunden ohne vorherigen Kontakt als Videosprechstunde durchgeführt haben. Die Besonderheiten des Falles sollten dokumentiert werden.

(9) Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen in Baden-Württemberg, Lockdown und Notbremse

Kontaktbeschränkungen sind seit März 2021 **abhängig von der jeweils aktuellen Infektionslage in einem Landkreis.**

Seit dem 08. März 2021 dürfen sich grundsätzlich maximal fünf Personen aus nicht mehr als zwei Haushalten treffen. Die Kinder der beiden Haushalte bis einschließlich 14 Jahre zählen zur Personenzahl nicht hinzu. Auch Paare, die nicht zusammenleben, gelten als ein Haushalt. Besteht ein Haushalt aus fünf oder mehr Personen über 14 Jahren, darf sich dieser Haushalt mit einer weiteren nicht zum eigenen Haushalt gehörenden Person treffen. **Abweichende Regelungen dieser Kontaktbeschränkungen sind abhängig von der Inzidenz seit dem 19. April 2021 in Baden-Württemberg nunmehr verbindlich festgesetzt: Ab einem **7-Tage-Inzidenz-Wert von über 100** (sog. Notbremse) an drei aufeinander folgenden Tagen, sind Treffen nur noch mit dem eigenen Haushalt und einer weiteren Person zulässig. Kinder der beiden Haushalte bis einschließlich 14 Jahren zählen zur Personenzahl nicht dazu. Zudem sind in Baden-Württemberg ab einem **7-Tage-Inzidenz-Wert von über 100** auch nächtliche Ausgangsbeschränkungen in der Zeit von 21.00 bis 05.00 Uhr vorgesehen.**

In Stadt- und Landkreisen, in denen die **7-Tages-Inzidenz an drei aufeinanderfolgenden Tagen über 200** (sog. Notbremse) liegt, müssen ab dem übernächsten Tag auch Kitas, Kindergärten und Kindertagesbetreuungen schließen und dürfen nur noch eine Notbetreuung anbieten. Schulen müssen auf Fernunterricht umgestellt werden. In den Jahrgangsstufen 1 bis 7 wird nur noch eine Notbetreuung angeboten. Diese setzt voraus, dass die Erziehungsberechtigte beide in ihrer beruflichen Tätigkeit unabhkömmlich sind und hierdurch an der Betreuung gehindert sind, oder die aus sonstigen schwerwiegenden Gründen auf eine Notbetreuung angewiesen sind (vgl. § 14b Abs. 8 Corona-VO). Bitte klären Sie die Einzelheiten mit der Einrichtung Ihres Kindes.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg/>

Ob ein Stadt- oder Landkreis die Kriterien für einen Lockerungsschritt oder für eine Verschärfung erfüllt, entscheidet nach Prüfung das Gesundheitsamt vor Ort. Aus diesem Grund sollten Sie sich bei Ihrer Stadt- bzw. der Kommunalverwaltung informiert halten, da es hier fortlaufend zu regionalen Unterschieden kommen kann.

Was in Ihrem Stadt- bzw. Landkreis gilt, erfahren Sie **von der für Sie zuständigen Gemeinde** und hier:

[Infektionen und Todesfälle in Baden-Württemberg: Baden-Württemberg.de \(baden-wuerttemberg.de\)](https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg/)

[Informationen der Kommunen und Landkreise: Baden-Württemberg.de \(baden-wuerttemberg.de\)](https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg/)

Soweit dringende Therapiesitzungen ausnahmsweise in den Zeitraum der nächtlichen Ausgangsbeschränkungen fallen, so ist dies zulässig. Im Bedarfsfall genügt es, eine kurze

Bestätigung des Psychotherapeuten/der Psychotherapeutin über die Zeiten des Termins auf dem Heimweg mitzuführen.

Zusammenkünfte von Bezugspersonen von Patient*innen mit Ihnen in der Praxis (bspw. gemeinsames Gespräch mit Ihnen und den beiden getrennt lebenden Elternteilen), welche die o.g. Beschränkungen der Personenzahl überschreiten, sind ausnahmsweise dann zulässig, wenn diese einen therapeutischen Zweck verfolgen.

Die Durchführung von Veranstaltungen (bspw. Qualitätszirkel, Intervisionsgruppen und auch Gruppentherapien) ist weiterhin nur ausnahmsweise und unter Einhaltung besonderer Anforderungen gemäß § 10 Abs. 1 Corona-VO zulässig (näheres dazu Ziffern 11 bis 13 dieser Informationen).

Die Corona-VO des Landes in der aktuell geltenden Fassung kann hier nachgelesen werden:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg/>

Die aktuellen Regelungen gelten bis zunächst 16. Mai 2021.

(10) Beschäftigungsverbot in der Schwangerschaft

Der Arbeitgeber ist im Rahmen seiner Fürsorgepflicht und der Einhaltung arbeitsschutzrechtlicher Maßnahmen verpflichtet, das Gefährdungsrisiko abzuschätzen und **Gefährdungspotentiale so gering wie möglich zu halten**. Auf der Homepage der Landesregierung wird empfohlen, dass schwangere Arbeitnehmer*innen im Gesundheitswesen keine diagnostischen und therapeutischen Tätigkeiten an Patient*innen mehr durchführen sollten. Kann das Risiko nicht dadurch minimiert werden, dass die Behandlung als Videobehandlung fortgesetzt wird, so kommt ein Beschäftigungsverbot in Betracht. Dieses wird auch von der Arbeitsgruppe Mutterschutz der Regierungspräsidien empfohlen:

[Merkblatt der Regierungspräsidien zur Beschäftigung schwangerer Frauen vom 15.12.2020](#)

Ein generelles Beschäftigungsverbot kann nur aufgrund einer gesetzlichen Regelung im Mutterschutzgesetz erteilt werden, was aktuell nicht der Fall ist, da dort kein generelles Beschäftigungsverbot wegen Infektionsgefahren mit dem Coronavirus geregelt ist. Demnach kann nur ein **individuelles Beschäftigungsverbot** erteilt werden. Ein individuelles Beschäftigungsverbot muss entweder die/der behandelnde Gynäkologe oder die Betriebsärztin bzw. der Betriebsarzt erteilen. Das hängt von den Umständen des Einzelfalles ab.

Die Angestellte muss das Beschäftigungsverbot dann dem Arbeitgeber unverzüglich anzeigen und das ärztliche Attest dem Arbeitgeber und der Krankenkasse vorlegen. Der Arbeitgeber zahlt im Falle des umfassenden Beschäftigungsverbotes das Gehalt fort, kann dieses sich aber von der Krankenkasse der Angestellten erstatten lassen.

(11) Durchführung von Qualitätszirkeln, Intervisionsgruppen und Supervisionen in Präsenz

In der aktuell geltenden Corona-VO sind weiterhin **Kontaktbeschränkungen** unter Bußgeldandrohung bei Verstoß gegen diese Beschränkungen normiert. Lockerungen bzw. Verschärfungen sind seit dem 8. März 2021 abhängig vom Inzidenz-Wert der jeweiligen Land- und Stadtkreise.

Folgende Regelungen gelten zukünftig für Sie in Bezug auf Zusammenkünfte in Ihrer Praxis und in Bezug auf Veranstaltungen:

Die Zahl der erlaubten Personen bei Zusammenkünften richtet sich nach dem jeweiligen 7-Tage-Inzidenz-Wert, wie bereits oben (Ziff. 9) dargelegt.

Zusammenkünfte und Veranstaltungen, an denen mehr als die jeweils zulässige Personenzahl teilnehmen, sind nur dann erlaubt, wenn sie der Erfüllung der beruflichen Fortbildungsverpflichtung dienen oder zu Qualitätssicherungszwecken zwingend erforderlich sind, nicht online durchgeführt werden können und nicht verschoben werden können. Diese sind weiterhin nur unter den strengen Anforderungen des § 10 Abs. 1 Corona-VO gestattet. Die Anforderungen des § 10 Abs. 1 Corona-VO sind im Einzelnen:

- die Hygieneanforderungen nach § 4 sind einzuhalten, diese sind:
 1. die Begrenzung der Personenzahl auf Grundlage der räumlichen Kapazitäten und die Regelung von Personenströmen und Warteschlangen, damit eine Umsetzung der Abstandsregel nach § 2 (mindestens 1,50m) ermöglicht wird,
 2. die regelmäßige und ausreichende Lüftung von Innenräumen, die dem Aufenthalt von Personen dienen, sowie die regelmäßige Wartung von Lüftungsanlagen,
 3. die regelmäßige Reinigung von Oberflächen und Gegenständen, die häufig von Personen berührt werden,
 4. die Reinigung oder Desinfektion von Gegenständen, die bestimmungsgemäß in den Mund genommen werden, nachdem diese von einer Person benutzt wurden,
 5. die regelmäßige Reinigung der Sanitärbereiche,
 6. das Vorhalten von Handwaschmittel in ausreichender Menge sowie von nicht wiederverwendbaren Papierhandtüchern oder Handdesinfektionsmittel oder anderen gleichwertigen hygienischen Handtrockenvorrichtungen,
 7. den Austausch ausgegebener Textilien, nachdem diese von einer Person benutzt wurden,
 8. eine rechtzeitige und verständliche Information über Zutritts- und Teilnahmeverbote, die Pflicht, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, Abstandsregelungen und Hygienevorgaben, Reinigungsmöglichkeiten für die Hände sowie einen Hinweis auf die Pflicht zu gründlichem Händewaschen in den Sanitäreinrichtungen.

und

- ein umfassendes schriftliches Hygienekonzept nach Maßgabe von § 5 ist zuvor zu erstellen,

und

- eine Datenverarbeitung nach § 6 ist durchzuführen; denn auf Verlangen des Gesundheitsamtes sind Sie zur Nachverfolgung von Infektionsketten verpflichtet, Namen

und Adressen derjenigen Patient*innen herauszugeben, welche am angefragten Tag an der Gruppentherapiesitzung teilgenommen haben.

und

- es gilt ein Zutritts- und Teilnahmeverbot nach § 7 insbesondere für Personen, die an Covid-19-Symptomen leiden, in den letzten 10 Tagen in Kontakt mit einer Covid-19-infizierten Person standen

und

- beschäftigen Sie Mitarbeiter*innen, so sind zusätzlich die Arbeitsschutzanforderungen nach § 8 einzuhalten. Diese bitten wir hier nachzulesen: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg/>

Darüber hinaus besteht auch für berufliche Zusammenkünfte ohne Patientenbezug (bspw. für die Supervision, Intervision usw.) in Psychotherapiepraxen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 CoronaVO weiterhin eine **besondere Maskenpflicht**, d.h. es ist das Tragen einer medizinischen Maske vorgeschrieben, vgl. dazu Ziff. 14. Ausnahmen hiervon gelten nur für Personen mit Befreiungsattest.

Es ist kritisch von Ihnen zu prüfen, ob die Veranstaltung nicht verschoben oder virtuell durchgeführt werden kann.

Wir appellieren an alle Verantwortlichen, die Anforderungen der §§ 4 bis 8 mit der größtmöglichen Sorgfalt im Hygienekonzept und vor Ort umzusetzen. Sollte es zu einem Infektionsgeschehen kommen, dass nachweislich auf eine Missachtung der notwendigen Maßnahmen beruht, kann beispielsweise ein Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen den Veranstalter eingeleitet werden. Es drohen empfindliche Geldbußen und auch andere Rechtsfolgen. Muster für Hygienekonzepte finden Sie im Internet über die Suchmaschinen.

Die CoronaVO des Landes in der aktuell geltenden Fassung kann hier nachgelesen werden:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg/>

Die aktuellen Regelungen gelten bis zunächst 16. Mai 2021.

(12) Zur Zulässigkeit des Abhaltens von Veranstaltungen durch z.B. Fortbildungsakademien und Weiterbildungseinrichtungen

Die Corona-VO des Landes in der aktuell geltenden Fassung beinhaltet weiterhin weitreichende Veranstaltungsverbote. Sie erlaubt Fortbildungs- und Weiterbildungsveranstaltungen ausnahmsweise nur dann, wenn sie der Erfüllung der beruflichen Fortbildungsverpflichtung dienen, nicht online durchgeführt werden können und nicht verschoben werden können. Weiterhin müssen die in § 10 Abs. 1 i.V.m. §§ 4 bis 8 geregelten, besonderen Hygieneanforderungen umgesetzt werden (hierzu ausführlich siehe Ziffer 13). Insbesondere ist ein Hygienekonzept nach Maßgabe von § 5 zu erstellen, eine Datenerhebung nach § 6 durchzuführen, das Zutritts- und Teilnahmeverbot nach § 7 umzusetzen und die Arbeitsschutzanforderungen nach § 8

für Beschäftigte einzuhalten sind. Das Hygienekonzept muss auf Verlangen den zuständigen Behörden vorlegt werden.

Es ist kritisch von Ihnen zu prüfen, ob die Veranstaltung nicht verschoben oder virtuell durchgeführt werden kann. Aufgrund der strengen Regularien sind Präsenzveranstaltungen aktuell nicht zu empfehlen.

Veranstaltungen mit über 100 Teilnehmer*innen sind weiterhin untersagt (§ 10 Abs. 2 Satz 3).

Die CoronaVO des Landes in der aktuell geltenden Fassung kann hier nachgelesen werden:

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg/>

Strenge Anforderungen gelten auch für Berufliche Bildungseinrichtungen (§ 14). Diese dürfen nur betrieben werden, wenn ein Hygienekonzept nach § 5 erstellt wurde und die sonstigen Anforderungen gem. § 14 erfüllt werden. Das Hygienekonzept muss auf Verlangen den zuständigen Behörden vorlegt werden.

Wir appellieren an alle Veranstalter, die Anforderungen der §§ 4 bis 8 mit der größtmöglichen Sorgfalt im Hygienekonzept und vor Ort umzusetzen. Sollte es zu einem Infektionsgeschehen kommen, dass nachweislich auf eine Missachtung der notwendigen Maßnahmen beruht, kann beispielsweise ein Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen den Veranstalter eingeleitet werden. Es drohen empfindliche Geldbußen und auch andere Rechtsfolgen. Muster für Hygienekonzepte finden Sie im Internet über die Suchmaschinen.

Die aktuellen Regelungen gelten bis zunächst 16. Mai 2021.

(13) Fortführung von Gruppentherapien nur unter Einschränkungen

Auch nach der Corona-VO in der ab dem 19. April 2021 geltenden Fassung ist eine Zusammenkunft von Patient*innen für die gruppenpsychotherapeutische Behandlung in der Psychotherapiepraxis zulässig. Es gelten die in § 10 Abs. 1 genannten Anforderungen weiter. Wir weisen darauf hin, dass das Sozialministerium die Erstellung eines schriftlichen Hygienekonzepts für Gruppenpsychotherapiesitzungen als obligatorisch ansieht. Die Anforderungen des § 10 Abs. 1 Corona-VO sind im Einzelnen:

- die Hygieneanforderungen nach § 4 sind einzuhalten, diese sind:
 1. die Begrenzung der Personenzahl auf Grundlage der räumlichen Kapazitäten und die Regelung von Personenströmen und Warteschlangen, damit eine Umsetzung der Abstandsregel nach § 2 (mindestens 1,50m) ermöglicht wird,
 2. die regelmäßige und ausreichende Lüftung von Innenräumen, die dem Aufenthalt von Personen dienen, sowie die regelmäßige Wartung von Lüftungsanlagen,
 3. die regelmäßige Reinigung von Oberflächen und Gegenständen, die häufig von Personen berührt werden,
 4. die Reinigung oder Desinfektion von Gegenständen, die bestimmungsgemäß in den Mund genommen werden, nachdem diese von einer Person benutzt wurden,
 5. die regelmäßige Reinigung der Sanitärbereiche,

6. das Vorhalten von Handwaschmittel in ausreichender Menge sowie von nicht wiederverwendbaren Papierhandtüchern oder Handdesinfektionsmittel oder anderen gleichwertigen hygienischen Handtrockenvorrichtungen,
7. den Austausch ausgegebener Textilien, nachdem diese von einer Person benutzt wurden,
8. eine rechtzeitige und verständliche Information über Zutritts- und Teilnahmeverbote, die Pflicht, eine medizinische Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, Abstandsregelungen und Hygienevorgaben, Reinigungsmöglichkeiten für die Hände sowie einen Hinweis auf die Pflicht zu gründlichem Händewaschen in den Sanitäreinrichtungen.

und

- **ein umfassendes schriftliches Hygienekonzept nach Maßgabe von § 5 ist zuvor zu erstellen,**

und

- eine Datenverarbeitung nach § 6 ist durchzuführen; denn auf Verlangen des Gesundheitsamts sind Sie zur Nachverfolgung von Infektionsketten verpflichtet, Namen und Adressen derjenigen Patient*innen herauszugeben, welche am angefragten Tag an der Gruppentherapie teilgenommen haben.

In diesem Zusammenhang neu eingeführt wurde die Möglichkeit einer digitalen, verschlüsselten, Datenverarbeitung beispielsweise über Apps, § 6 IV CoronaVO.

und

- es gilt ein Zutritts- und Teilnahmeverbot nach § 7 insbesondere für Personen, die an Covid-19-Symptomen leiden, in den letzten 10 Tagen in Kontakt mit einer Covid-19-infizierten Person standen

und

- beschäftigen Sie Mitarbeiter*innen, so sind zusätzlich die Arbeitsschutzanforderungen nach § 8 einzuhalten. Diese bitten wir hier nachzulesen: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg/>

Darüber hinaus besteht in Psychotherapiepraxen gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 4 CoronaVO weiterhin eine **medizinische Maskenpflicht**. Das gilt auch für Gruppenbehandlungen, Ausnahmen hiervon gelten nur für Kinder unter 6 Jahren, Personen mit Befreiungsschein und, sofern die Therapie das Absetzen der Maske erfordert (vgl. Ziffer 14, 15 dieser Informationen).

Wir appellieren an alle Praxisinhaber, die Anforderungen der §§ 4 bis 8 mit der größtmöglichen Sorgfalt im Hygienekonzept und vor Ort umzusetzen. Sollte es zu einem Infektionsgeschehen kommen, dass nachweislich auf eine Missachtung der notwendigen Maßnahmen beruht, kann beispielsweise ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet werden. Es drohen empfindliche Geldbußen und auch andere Rechtsfolgen. Muster für Hygienekonzepte finden Sie im Internet über die Suchmaschinen.

Vertragspsychotherapeut*innen können vorübergehend Gruppentherapien in einem vereinfachten Verfahren in Einzeltherapie umwandeln. Dies bietet sich vor allem bei Patient*innen an, die als Risikopatient*innen für einen schweren Verlauf im Infektionsfall

gelten. Es bedarf für die Umwandlung keines Antrags. Die Umwandlung muss lediglich formlos der Kasse angezeigt werden. Diese Ausnahme wurde verlängert und gilt nun über den 31. März 2021 hinaus **bis zum 30. Juni 2021**. Einzelheiten können auf der Homepage der KBV nachgelesen werden oder bei der KV Baden-Württemberg erfragt werden:

Die Corona-VO des Landes in der aktuell geltenden Fassung kann hier nachgelesen werden:

[Aktuelle CoronaVO](#)

Die aktuellen Regelungen gelten bis zunächst 16. Mai 2021.

(14) Mund-Nasen-Schutz in Praxen und an Arbeitsplätzen

Nach der Neustrukturierung ist die Pflicht zum Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutzes nunmehr einheitlich in § 3 Corona-VO normiert.

In den dort genannten Fällen sind gem. § 3 Abs. 1 **medizinische Masken zu tragen**. Unter medizinischen Masken sind OP-Masken (DIN EN 14683:2019-10) oder FFP 2 - Maske (DIN EN 149:2001) respektive Masken der Normen KN95 (chinesische Zulassungskennziffer), N95 (nordamerikanischer Standard) oder CPA-Masken (Corona SARS-CoV-2 Pandemie Atemschutzmasken) zu verstehen. Die bisherigen „Alltagsmasken“ erfüllen die Anforderungen nicht. Psychotherapeutische Praxen sind in Ziff. 4 unter den Begriff der „Praxen sonstiger humanmedizinischen Heilberufe“ zu subsumieren.

Wer in den von § 3 Abs. 1 erfassten Einrichtungen und Bereichen eine Bedeckung trägt, welche nicht den genannten erhöhten Anforderungen entspricht, handelt ordnungswidrig gemäß § 19 Nr. 2 Corona-VO.

Auch Kinder ab dem vollendeten sechsten Lebensjahr und unter 14 Jahren, haben statt Alltagsmasken, in den bezeichneten Situationen, nunmehr medizinische Masken zu tragen. Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr sind weiter von der Maskenpflicht ausgenommen.

Die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske gilt für Patient*innen, Bezugspersonen, Behandler*innen und Angestellte. Ausnahmsweise ist das Absetzen der medizinischen MNS in Psychotherapiepraxen gem. § 3 Abs. 2 nur erlaubt,

- für Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr (Ziff. 1),
- für Personen, die glaubhaft machen können, dass ihnen das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung aus gesundheitlichen oder sonstigen zwingenden Gründen nicht möglich oder nicht zumutbar ist, wobei die Glaubhaftmachung gesundheitlicher Gründe in der Regel durch eine ärztliche Bescheinigung zu erfolgen hat (Ziff. 2),
- [...] sofern die Behandlung, Dienstleistung, Therapie oder sonstige Tätigkeit dies erfordert (Ziff.4).

Das Absetzen der MNS aus therapeutischen Gründen (letzter Spiegelstrich) sollte kurz dokumentiert werden. Die Einhaltung des Mindestabstandes befreit nicht von der Maskenpflicht, da der Gesetzgeber das gerade nicht als Ausnahmefall aufgenommen hat und die Regelung in der Verordnung abschließend ist. Die Verpflichtung zur Mund-Nase-Bedeckung entfällt im Einzelfall also nur bei Vorliegen der oben mit Spiegelstrich aufgeführten Ausnahmen.

Weiterhin gilt auch **in allen Arbeits- und Betriebsstätten** seit dem 01.12.2020 eine Pflicht zur medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung, es sei denn, der Mindestabstand von 1,50m zu anderen Mitarbeitern kann eingehalten werden und es besteht kein Publikumsverkehr. Diese Pflicht besteht insbesondere in Fluren, Treppenhäusern, Teeküchen, Pausenräumen, sanitären Einrichtungen und sonstigen Begegnungsflächen. Das bedeutet, für alle Arbeitsplätze, auch solche, die keine Praxen sind, besteht nunmehr im Grundsatz eine Maskenpflicht.

Die CoronaVO des Landes in der aktuell geltenden Fassung kann hier nachgelesen werden:

[Aktuelle CoronaVO](#)

(15) Bescheinigung zur Befreiung von der Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung

§ 3 Abs. 2 Nr. 2 Corona-VO des Landes sieht zum Beleg der Glaubhaftmachung gesundheitlicher Gründe regelmäßig die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung vor. Diese Formulierung schließt aber nicht aus, dass auch PP und KJP ausnahmsweise eine solche Bescheinigung ausstellen dürfen. Das bestätigt sich in der Begründung der Corona-VO in der ab dem 01.12.2020 geltenden Fassung, dort heißt es:

Von Ärztinnen und Ärzten attestierte gesundheitliche Gründe zur Befreiung von der MNB-Pflicht nach Nummer 2 können sowohl körperlich als auch psychisch bedingt sein. Die Einschätzung, dass ein gesundheitlicher Ausnahmegrund vorliegt, kann auch von approbierten Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten beziehungsweise approbierten Kinder- und Jugendtherapeuten bescheinigt werden. Ein Fall der Unzumutbarkeit kommt etwa in Betracht, wenn eine MNB von Menschen mit geistigen Behinderungen nicht toleriert wird oder Menschen mit Angststörungen das Tragen nicht möglich ist; dies kann durch ein ärztliches Attest („Gesundheitszeugnis“) glaubhaft gemacht werden.

Bei der Beurteilung, ob eine entsprechende Bescheinigung ausgestellt werden kann, ist ausschließlich der Gesundheitszustand des Patienten maßgeblich. Es ist daher zu prüfen, ob die Schilderung des Patienten/ der Patientin glaubhaft ist und ob das Störungsbild des Patienten/ der Patientin dazu führt, dass ihm/ihr, das Tragen der Maske – für den erforderlichen, ggf. auch nur sehr kurzen Zeitraum – unzumutbar ist.

Das Ausstellen der Bescheinigung stellt keine Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung dar. Für gesetzliche Versicherte gilt, dass diese vor Erstellung der Befreiung darauf hingewiesen werden müssen, dass die Kosten selbst zu tragen sind. Die Rechnungsstellung erfolgt nach Maßgaben der GOÄ. Regelmäßig wird die Ziff. 70 GOÄ „Kurze Bescheinigung oder kurzes Zeugnis“ in Rechnung gestellt. Eine pauschale Abrechnung oder Vorkasse sind unzulässig.

In jüngster Vergangenheit sind diesbezüglich wiederholt Fälle pauschaler oder unrichtiger Attest-Erteilung (Gefälligkeitsattest) publik geworden. Das stellt eine Straftat dar (§ 278 StGB) und kann zur Anzeige gebracht werden. Die Gesundheitsämter und Strafverfolgungsbehörden sind insoweit besonders sensibilisiert. Jede/r Psychotherapeut/in muss sicherstellen, dass die Berufspflichten der fachgerechten Untersuchung, Diagnostik und ordnungsgemäßen Dokumentation eingehalten werden. Der Grund für die Befreiung von der Verpflichtung zur Mund-Nasen-Bedeckung ist glaubhaft zu machen. Das verlangt zwar keinen Vollbeweis, ist

aber auch mehr als eine bloße Behauptung. Für eine Glaubhaftmachung müssen die im jeweiligen Einzelfall zu erwartenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen dargelegt und begründet werden. Es muss sich nachvollziehbar ergeben, welche konkreten gesundheitlichen Beeinträchtigungen aufgrund der Verpflichtung zu erwarten sind. In jedem Einzelfall muss also das Attest mit der erforderlichen fachlichen Sorgfalt erstellt werden und nachvollziehbar belegt werden können, wie Sie zu Ihrer jeweiligen fachlichen Einschätzung gelangt sind.

(16) Hygienezuschlag Nr. 245 GOÄ analog

Für die Erfüllung aufwendiger Hygienemaßnahmen bei Privatbehandlungen kann nach einer gemeinsamen Abrechnungsempfehlung des PKV-Bundesverbandes, der Bundesärztekammer und der Landespsychotherapeutenkammer rückwirkend ab dem 05. Mai 2020, nunmehr verlängert bis zum 30. Juni 2021, die Analoggebühr Nr. 245 GOÄ/GOP abgerechnet werden und wird von den Kostenträgern grundsätzlich erstattet. Das gilt auch für Psychologische Psychotherapeut*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen, obwohl § 1 Abs. 2 GOP eine Abrechnung von (Analog-) Leistungen aus Abschnitt C. GOÄ eigentlich ausschließt. Die Ziffer kann einmal je Sitzung mit dem nunmehr lediglich 1,0-fachen Satz in Höhe von 6,41 Euro abgerechnet werden, setzt aber den persönlichen, unmittelbaren Kontakt zur Patientin/zum Patienten und das Ergreifen besonderer Hygienemaßnahmen für den jeweiligen persönlichen Kontakt voraus. Die Kennzeichnung im Abrechnungsprogramm erfolgt als „A245“. Alternativ können getätigte Hygienemaßnahmen mit dem Ansetzen eines erhöhten Steigerungssatzes bei der Sitzungsziffer (bspw. einmal im Quartal) berücksichtigt werden, was indes einer kurzen Begründung bedarf:

[Corona Sonderregelungen für gesetzliche und privat Versicherte verlängert - BPTK](#)

Für Vertragspsychotherapeut*innen sind Hygieneaufwendungen für Einfachmasken, Einmalhandschuhe und Desinfektionsmittel nicht gesondert abrechnungsfähig, da diese als allgemeine Praxiskosten bereits in den EBM-Leistungsbewertungen enthalten sind. Die KV stellt ggf. Schutzausrüstung zur Verfügung, was direkt erfragt werden sollte: <https://www.kvbawue.de/praxis/aktuelles/coronavirus-sars-cov-2/hygiene-schutzausruestung/>

(17) Präventive PoC-Antigentests

Seit dem 29.03.2021 enthält die CoronaVO in § 4a eine, lediglich klarstellende, Regelung zu Schnell- und Selbsttests.

Praxen (sonstiger) humanmedizinischer Heilberufe, also auch Psychotherapiepraxen, sind nach § 6 Absatz 3 Satz 3 TestV zur Testung des eigenen Personals mittels PoC-Antigen-Tests berechtigt. Sie können zur Erfüllung des Anspruchs, von in der Einrichtung Tätigen nach § 4 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, bis zu 10 PoC-Antigentests pro Monat und tätiger Person in eigener Verantwortung beschaffen. Die Beschaffung erfolgt auf dem herkömmlichen Weg. Eine Übersichtsliste über diejenigen PoC-Antigentests, die im Rahmen der TestV gemäß §6 Abs. 3 beschafft und abgerechnet werden können, finden Sie unter: <https://antigentest.bfarm.de/ords/f?p=101:100:9885306385512::::&tz=1:00>

Eine Antragstellung beim Sozialministerium ist nicht erforderlich. Die Abrechnung erfolgt über die KVBW. Hierzu ist eine Registrierung der Praxen erforderlich: <https://www.kvbawue.de/praxis/aktuelles/coronavirus-sars-cov-2/testv-abrechnung-nicht-kv-mitglieder/>

Der Anspruch auf eine externe kostenlose Testung pro Woche, zur Verhütung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 für asymptomatische Personen, die in einer Einrichtung des Gesundheitswesens nach § 4 Abs. 2 Coronavirus-TestV tätig sind oder tätig werden sollen, gem. § 4 Absatz 1 Nr. 2 i.V.m. Absatz 2 Nr. 5 (bisher Nr. 6) der Testverordnung, bleibt weiterhin bestehen. In § 4 Abs. 2 Coronavirus-TestV sind, neben Krankenhäusern, Tageskliniken, Reha- und Vorsorgeeinrichtungen (Nr. 1), auch Psychotherapiepraxen (Nr. 6) erfasst. Das gilt für Praxen in der GKV-Versorgung und für Privatpraxen gleichermaßen. Auch dieser Test ist aber auf eine Diagnostik mittels PoC-Antigenschnelltest begrenzt (keine Labordiagnostik).

Daneben besteht ein verbindlicher Anspruch auf Testung auch im Wege der sog. **Bürgerfestung**. Das bedeutet, dass jeder Bürger Anspruch auf mindestens einen Schnelltest pro Woche hat. Das Angebot gilt für alle asymptomatischen Personen. Diese können sich nun regelmäßig bspw. im Testzentrum oder in einer Arztpraxis präventiv testen lassen. Bei einem positiven Antigen-Test hat dann der Bürger Anspruch auf eine bestätigende Testung mittels eines PCR-Tests nach der Testverordnung. Fällt auch dieser Test positiv aus, besteht Anspruch auf eine variantenspezifische PCR-Testung. Die Einzelheiten entnehmen Sie bitte:

SozialministeriumBW - Bürgerfestung

Durch Änderung der **SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung** wurde mit **§ 5** eine Pflicht zur Bereitstellung von Schnelltests für Mitarbeiter, die nicht ausschließlich im Homeoffice tätig sind, geschaffen. Grundsätzlich ist jedem Angestellten ein wöchentlicher Test anzubieten. Besteht im Arbeitsablauf des Mitarbeiters Kontakt zu Personen, die keinen Mund-Nasen-Schutz tragen müssen, sind bis zu zwei Schnelltests pro Woche zur Verfügung zu stellen.

Die Kosten hat grundsätzlich der Arbeitgeber zu tragen. Für den Arbeitnehmer besteht keine Pflicht zur Annahme dieses Testangebotes. Beachten Sie jedoch unsere Hinweise, dass eine Abrechnung der Sachkosten ggf. über die KV möglich ist (s.o.)

Seit dem 19. April 2021 wurde zudem neu eingefügt, dass geimpfte oder genesene Personen, unter Beibringung eines entsprechenden Nachweises, von der in vielen Bereichen festgesetzten Testpflicht befreit sind. Diese grundsätzliche Gleichstellung von Impfdokumentation und Genesungsnachweis hat derzeit aber keine unmittelbare Auswirkung auf die psychotherapeutische Tätigkeit.

(18) Wann können sich Psychotherapeut*innen impfen lassen?

Bitte beachten Sie hierzu die aktuellen Informationen auf unserer Homepage:

[Corona-Impfungen - Priorisierung | LPK BW \(lpk-bw.de\)](#)

(19) Bescheinigung für die Impfberechtigung gemäß Corona-Impfverordnung (ImpfV)

Laut Coronavirus-Impfverordnung (CoronaImpfV) brauchen Patienten mit Vorerkrankungen der Priorisierungsstufen zwei und drei ein ärztliches Attest, damit sie ihren Anspruch auf eine vorrangige Impfung nachweisen können. Dies gilt immer dann, wenn der Betroffene nicht schon aufgrund des Alters bevorzugt Anspruch hat. Es reicht aber auch aus, wenn ein Arzt

formlos bescheinigt, dass eine Erkrankung gemäß §§ 3 und 4 im Sinne der Coronavirus-Impfverordnung vorliegt.

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/C/Coronaviruses/Verordnungen/Corona-ImpfV_BAnz_AT_11.03.2021_V1.pdf

Als PP oder KJP dürfen Sie die Bescheinigung für einen Patienten/eine Patientin, selbst wenn z.B. eine schwere Depression vorliegt, nicht ausstellen, weil nach dem Wortlaut ausdrücklich nur ärztliche Bescheinigungen anerkannt werden. Wir können Ihnen hierfür keine Begründung nennen, weil die Coronavirus-Impfverordnung auf Bundesebene nicht im förmlichen Gesetzgebungsverfahren, sondern durch Erlass des BMG in Kraft getreten ist. Dies bedeutet, die Bundeskammer und die Verbände wurden dazu nicht angehört und konnten auch keinen Einfluss nehmen.